Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2021 Nr. 3 · 17. Jahrgang

Infektionsschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein

Norbert Müller und Isabelle Vandre verteilten FFP2-Masken an Bedürftige

Medizinische Masken sind ein bedeutsamer Schutz vor einer Covid19 Infektion. Leider ist der Zugang zu FFP2 Masken nach wie vor schwierig. Menschen mit geringem Einkommen dürfen keinen Nachteil beim Gesundheitsschutz haben. So müssten allen Masken zugänglich sein – und zwar zu bezahlbaren Preisen. Um im kleinen Rahmen zu helfen, hat die DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg FFP2-Masken bestellt und verteilen sie an diejenigen, die sie brauchen. 360 Masken haben die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre und der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller am 17. Februar an die Obdachlosenunterkunft des AWO Bezirksverbandes Potsdam e.V., das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. und die Geflüchtetenunterkunft in der Zeppelinstraße übergeben. Weitere Masken werden in den kommenden Wochen verteilt.
Wenn Ihre Einrichtung oder Ihr Verein Masken benötigt, wenden Sie sich bitte an: Isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de und vereinbaren Sie einen Termin.



Isabelle Vandre (MdL) und Norbert Müller (MdB) übergeben die Masken.
Text und Bild: Roland Gehrmann, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Potsdam

Wir helfen gern!



Die Büros und Geschäftsstellen der LINKEN bieten technische Möglichkeiten, die zu Hause oft fehlen. Auch einige Abgeordnete der LINKEN bieten in ihren Wahlkreisbüros eine Homeschooling-Unterstützung an. Damit das Corona-gerecht möglich ist: Einfach per Telefon oder Mail einen Termin vereinbaren und sicher und kontaktlos eine Übergabe vereinbaren!
Auch die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN Potsdam will unterstützen und stellt ihren Bürodrucker zur Verfügung! Zwischen 10.00 und 15.00 Uhr kann man/frau im „rotbloq“ in der Zeppelinstraße 7 Dokumente ausdrucken und kopieren lassen. Bitte vorher entweder per Mail oder Telefon anmelden. Wir organisieren dann eine kontaktlose Übergabe – nach Absprache auch außerhalb der Öffnungszeiten.

In dieser Ausgabe

2 LINKS informiert
Einmal Lehrerin – immer Lehrerin

3 LINKS wählt
Aus dem Wahlprogrammentwurf der LINKEN/ Bundesparteitag – nach Redaktionsschluss

4 LINKS Im Kalender
Rosa Luxemburg, die FDJ und Albert Klink hatten Geburtstag

5 LINKS Im Rathaus
Politik in Pandemiezeiten/ Arbeitsgericht soll in Potsdam bleiben/ DiscGolf im Katharinenholz

6 LINKS DIREKT
EvB-Klinikum – wie weiter?/ Tarifvertrag Altenpflege/

7
Langzeitwirkungen Pandemie/ Kinder, KiTas und Eltern stärken

8 DIE LETZTE SEITE
Glückwünsche für Herbert Köfer/ Brandenburgische Frauenwoche/ Linksfraktion im Landtag wählte neuen Vorstand/ Täve Schur steuert auf diue 100 zu/ Suppe to go

Informationen der Redaktion

Die Aprilausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 09. April 2021. Redaktionsschluss ist dann am 22. März 2021.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Einmal Lehrerin - immer Lehrerin?

Fünf Jahre ehrenamtliche Integrationskurse - Unterrichten als Lebenselixier



Martina Kruse in ihrem Element

Nach der Pensionierung als Studienrätin für Deutsch und Fremdsprachen im Februar 2016 startete ich im neu entstandenen Begegnungszentrum Oskar (in der Stadtteilschule Am Priesterweg in Drewitz) einen Anfängerkurs Deutsch für Migranten und Geflüchtete. Zeitgleich starteten mein Mann und ich als Initiatoren und Koordinatoren das Begegnungscafé der evangelischen Kirchengemeinde Babelsberg. Dort meldeten sich schnell die ersten Teilnehmer bei mir für den Deutschkurs an. Werbung über Facebook und Flyer ließen den Kurs von Jahr zu Jahr wachsen. Das Besondere der wenigen Wochenstunden besteht seitdem darin, dass Männer und Frauen mit und ohne Arbeit, Frauen mit Kindern aus Syrien, Afghanistan oder afrikanischen Ländern gut mit dem Modell klarkommen.
2017 war ein großer Kurs mit fast 19 Personen entstanden, so dass ich auf Anfrage der Sprachschule BBAG im Oskar einen Erstorientierungskurs mit täglich fünf Stunden leitete.
2018 war die Nachfrage für meinen Deutschkurs so groß, dass ich zwei Kurse im Oskar bilden musste, um dem Andrang gerecht zu werden: Anfänger im Niveau A1, Fortgeschrittene im Niveau A2.
2019 sprachen mich im Begegnungscafé immer öfter junge Frauen und Männer an, welche die Prüfungen im B1-Kurs an anderen Schulen nicht bestanden hatten. Also eröffnete ich noch einen B1-Kurs und erkannte schnell, wo die Probleme lagen: vor allem in der Satzbildung, aber auch in Unsicherheiten bei den Zeitformen der Verben, der Groß- und Kleinschreibung, oft bei ungenauer und falscher Schreibweise von Buchstaben...

In den 5 Jahren zeigte sich von Anfang an, dass die Freude am Unterricht, die Erfolge in den Tests, aber auch die Teilhabe und der Spaß im Begegnungscafé einerseits eine gute Gemeinschaft entstehen ließen, andererseits das Sprechen der deutschen Sprache mutiger und sicherer wurden. Ich war umgeben von Menschen, mit denen auch gefeiert werden konnte, die Spaß am Lernen hatten. Viele lustige Begebenheiten prägten die 5 Jahre, aber auch die Mühen des für mich neuen Lehrerlebens. Nicht immer war es lustig, z. B wenn Teilnehmer ohne Krankenschein fehlten oder generell einfach wegblieben, wegen einer Maßnahme des Jobcenters, wie andere erzählten. Aber auch das wurde erlernt von den Männern und Frauen, ein Platz im Deutschkurs blieb nur dann sicher, wenn Entschuldigungen und vor allem Krankenscheine bei mir eintrafen. Auch wer mir ein Zertifikat für den bestandenen A2- Kurs an einer anderen Schule, aber weder lesen noch schreiben konnte, wurde von mir nicht angenommen - das wäre Augenwischerei und Betrug gewesen.

Dass ich auf der Grundlage regelmäßiger Kontrollen, Tests und Bewertungen im Oskar bisher an rund 80 Personen Zertifikate für erfolgreiche A1- und A2- Kurse vergeben konnte, erfüllt mich mit Stolz. Das geschieht immer wieder in Kooperation mit dem Jobcenter in langen Gesprächen, auch mit der Teamleitung des Oskar.
Trotz Coronapandemie sind meine Kurse sehr gefragt. Im Oktober 2020 kam eine russische Ärztin in den B1- Kurs und ist begeistert. Die Angst vor dem Verlernen ist bei älteren Migranten deutlich zu spüren - wenigstens noch etwas herausgefordert zu sein, wird immer wichtiger. Einfach noch mittendrin sein! Andere Neue wollen ihre Jobs behalten und werden von den Chefs in meine Kurse geschickt. Wieder andere wollen endlich eine B1-Prüfung bestehen, sie festigen bei mir ihre Fähigkeiten. Viel Dankbarkeit wird mir gezeigt dafür.
Wie wichtig die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch das Erlernen der deutschen Sprache ist, zeigte im Herbst 2020 die Nachfrage älterer Kurden, Afghanen und Syrer nach einem Alphabetisierungskurs. Kurz entschlossen sprachen mein Mann und ich in unserem Begegnungscafé einen jungen Syrer an, dem wir das zutrauten. Er ist 25 Jahre alt, will Deutschlehrer werden und geht jetzt in die elfte Klasse. Begeistert übernahm er das Angebot - einen Anfängerkurs unterrichten! Eine ausgiebige Einarbeitung durch mich erfolgte: Ausgangssituationen, didaktisch - methodischen Schritte, Prinzipien und Materialien. Unter meinem Mentoring gelangen die ersten Unterrichtsstunden: dann wieder Auswertungen zur Unterrichtsplanung, zum Schönschreiben, zum Kontrollsystem. Und dann kam das Unterrichten in Eigenverantwortung für den jungen 25-Jährigen. Allein als Anfänger, mit seinen Landsleuten. Das war im Oktober 2020, zuerst ging ich wegen meines Alters in die Coronapause, der Junglehrer unterrichtete bis zum Jahresende hinter Plexiglas weiter und rief bei mir an: Martina. Was soll ich machen, wenn die Hausaufgaben nicht gemacht werden? Gib sie nochmal auf, aber auch neue HA. Kontrolliere, rede mit ihnen, denk über Konsequenzen nach, motiviere sie.

Eine wirkliche Corona-Pause machte ich dann doch nicht. Ich erteilte zu Hause in meinem Arbeitszimmer mit drei Metern Abstand Einzelunterricht für einen jungen afghanischen Lehrer, dem die Aussprache unserer Konsonanten sehr schwer fällt. Er hat einen riesigen deutschen Wortschatz, den man als Hörer oft nicht versteht. Und daran habe ich mit ihm gearbeitet.
Nach der Pause starten der syrische „Junglehrer“ und ich als „Kollegen“ - ich mit dem neuen B1- Kurs und er mit dem neuen A1- Kurs. Vorher wird gemeinsam digital erlernt, wie man einen Stoffplan erstellt, wie eine Lektion in Unterrichtseinheiten aufgeteilt wird.

Martina Kruse,
Ehrenamtliche Deutschkursleiterin,
Studienrätin a. D. für Deutsch, Russisch, Französisch aller Br

„Der Markt regelt nichts, wir müssen den Markt regeln“



Der erste Schritt ist getan: Die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, stellten am 8. Februar 2021 ihren Entwurf für das Bundestagswahlprogramm in Berlin vor. „Das ist ein erster Entwurf, der jetzt in die Partei geht und weiterentwickelt wird“, betonte Kipping auf einer Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus. Die Corona-Krise habe gezeigt: „Der Markt regelt nichts, wir müssen den Markt regeln“. Wohl auch deshalb steht der Entwurf unter dem Motto: „Zeit zu handeln – für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“.
Schwerpunkt des Entwurfs ist der demokratische Sozialstaat - also soziale Garantien, die vor Armut schützen und Teilhabe garantieren, wie etwa eine Kindergrundsicherung oder eine solidarische Rentenversicherung, „in die alle einzahlen, auch Minister, Beamte und Abgeordnete“, wie Kipping betonte. Keine Rentnerin und kein Rentner soll im Alter unter 1200 Euro fallen.

Keine Profite mit Miete und Gesundheit

Das Thema Gesundheit und Pflege spielt ebenfalls eine große Rolle. So fordert DIE LINKE einen Gehaltssprung von mindestens 500 Euro für alle Pflegekräfte. Zudem sollen bundesweit 200 000 Pflegekräfte zusätzlich in Krankenhäusern und Heimen eingestellt werden. Der Entwurf wendet sich gegen die Profitorientierung im Gesundheitswesen und in der Pflege. „Wir können nicht noch mehr Geld aus dem Gesundheitssystem ziehen, damit irgendjemand damit Profite macht“, unterstrich Kipping und forderte eine Re-Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen.
„Schluss mit Mietenwahnsinn und Verdrängung!“, heißt es im Entwurf. Stattdessen wollen die Autor*innen „hohe Mieten senken und gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen“. Mindestens 250 000 bezahlbare Wohnungen sollen so pro Jahr entstehen.
Unter dem Motto „Gute Bildung für alle“ fordert der Entwurf 200 000 zusätzliche Erzieher*innen, „um allen Kindern einen guten Kita-Platz zu garantieren und flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten“. An den Schulen sollen zudem 100 000 neue Stellen für Lehrer*innen und Sozialpädog*innen entstehen. „Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, so Kipping.

Eine Mobilitätsrevolution für das Klima und sichere Arbeitsplätze

Ihr Ko-Vorsitzender Bernd Riexinger machte deutlich: „DIE LINKE verbindet ganz konkrete Forderungen zur Regulierung der Arbeit mit dem grundlegenden sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft“. So forderte er einen Mindestlohn von 13 Euro und ein „neues Normalarbeitsverhältnis“, das um die 30 Stundenwoche kreist. Riexinger warb zudem für einen "linken New Green Deal für eine bessere Zukunft“ und forderte eine „Mobilitätsrevolution“. Für den Ausbau von Bus, Bahn und Fahrradinfrastruktur sowie massive Preissenkungen sollen 38 Milliarden Euro pro Jahr bereit gestellt werden. Das schafft und sichert auch Jobs in der Industrie. Ebenso wie die linke Energiewende: „In öffentlicher und genossenschaftlicher Hand können bis 2030 über 100 000 hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion, Installation und Wartung dieser Anlagen geschaffen werden“.
Im Entwurf ist zudem von einem „Transformationsfonds“ die Rede, der 20 Milliarden Euro bereit stellt, um mittelständische Unternehmen beim sozial-ökologischen Umbau zu unterstützen. Zudem soll eine „Mobilitätsgarantie“ dafür sorgen, dass der ÖPNV in der Stadt und auf dem Land zu einer echten Alternative zum Auto wird. Insgesamt sollen laut Entwurf „jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur“ investiert werden.
Der Entwurf soll digital auf sechs sogenannten Ratschlägen diskutiert werden. Dazu gibt es sechs verschiedene Themenblöcke: Klima, Mieten, Sozialstaat der Zukunft, Frieden und Abrüstung, Arbeit – Wirtschaft – Mitbestimmung sowie Gesundheit und Pflege. Die Debatten sollen dann in den Entwurf des Wahlprogramms einfließen, der bis zum 22. April als Leitantrag für den Bundesparteitag veröffentlicht wird. Verabschiedet wird das Wahlprogramm schließlich vom Bundesparteitag am 19. und 20. Juni. Spätestens dann tritt der Wahlkampf in seine heiße Phase.

Fabian Lambeck

LINKE geht auf Nummer Sicher: Bundesparteitag online

Angesichts der Entwicklung der Corona-Lage hat der Parteivorstand der LINKEN einstimmig beschlossen, den 7. Parteitag vom 26. bis 27. Februar 2021 als reinen Online-Parteitag durchzuführen. Geplant war zuvor ein hybrider Parteitag mit einem Tag online, und einem Tag, an dem dezentral die Wahlen durchgeführt worden wären. Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler erklärt dazu: „Das Corona-Geschehen lässt uns keine Wahl: Wir verzichten auf den dezentralen Präsenzparteitag und wechseln auf einen reinen Online-Parteitag. Was bleibt, ist, dass bei uns die Delegierten wie auf einem regulären Parteitag zu Wort kommen. Das sind wir der Diskussionskultur in unserer Partei schuldig.
Wir werden große Anstrengungen unternehmen, die Sicherheit der Wahl zu gewährleisten, und wir werden das Ergebnis der Vorstandswahlen am Ende per Briefwahl bestätigen lassen. Das ist keine Lösung, mit der wir glücklich sind, aber in der aktuellen Lage die bestmögliche.“



Blumen für unsere neuen Co-Vorsitzenden

Nach Redaktionsschluss: Neue Parteivorsitzende gewählt

Auf dem 7. Parteitag wurde die neue Parteispitze der Partei DIE LINKE gewählt. Mehrheitlich konnten sich die Diplompädagogin Susanne Hennig-Wellsow, bisher Landes- und Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE.Thüringen, und die Diplompolitologin Janine Wissler, Mitglied im Hessischen Landtag, durchsetzen.

1871 – Rosa Luxemburg geboren

Wenige Tage vor der Gründung des revolutionären Stadtrats von Paris, der «Pariser Kommune» am 18. März 1871 – vor nunmehr 150 Jahren - wurde Rosa Luxemburg geboren. „Unter den namensgebenden Personen der politischen Stiftungen ist Rosa Luxemburg die einzige Frau, die einzige Ausländerin und die einzige Jüdin. Diese Alleinstellungsmerkmale erfüllen uns mit Stolz und Demut - aber Rosa Luxemburg war und bewirkte viel mehr. Zu ihrem 150. Geburtstag wollen wir als Stiftung daran erinnern, was sie an Werken, Taten und Gedanken hinterlassen hat“, sagt Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung. „Rosa Luxemburg hat uns auch heute noch viel zu sagen, zum Beispiel über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus, die Beziehung handelnder Massen zu politischen Organisationen, die Rolle von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen, über Mut und Zivilcourage.“ Das dramatische Leben Rosa Luxemburgs, ihre faszinierende Persönlichkeit und ihr schrecklicher Tod beschäftigen die Erinnerung von Generationen. Zugleich ist ihr Wirken hochaktuell



Rosa Luxemburg.
Foto: https://www.rosalux.eu/kontext/controllers/image.php/o/3330

für Vergangenheit und Gegenwart: In ihrem ökonomischen Hauptwerk „Die Akkumulation des Kapitals” analysierte sie die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus und deren Konsequenzen: Imperialismus und Krieg.

Diese Erkenntnisse bestimmten auch ihre Stellung in den Kämpfen ihrer Zeit: Ihre Wendung gegen den Reformismus Eduard Bernsteins, ihre Differenz zu Lenins Parteikonzept, ihr Eintreten für den Massenstreik, ihren Kampf für den Frieden, ihre Haltung zur russischen Oktoberrevolution von 1917, ihre Teilnahme an zwei Revolutionen.

Den Kerngedanken zum 150. Geburtstag ihrer Namensgeberin formuliert Jörn Schütrumpf, Leiter der Fokusstelle Rosa Luxemburg: „Unterdrückung lässt sich nicht durch Unterdrückung abschaffen. Nie wieder Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie. Alles andere ist eine bürokratische Diktatur – etwas, für das Rosa Luxemburg weder kämpfen, geschweige denn sterben wollte.“

Übrigens: In Rosa Luxemburgs 150. Geburtsjahr geht die neue Webseite „RS LXMBRG – Die Andersdenkende“ unter www.rosaluxemburg.org an den Start, die in Form einer Webstory ihr Leben und Werk in vier Sprachen zugänglich macht. Die Inhalte der Webseite, die zunächst auf Deutsch online geht, werden bis Anfang März auch auf Englisch, Französisch und Spanisch zugänglich sein.

Mehr dazu: www.rosaluxemburg.org

1911 – Albert Klink geboren



Albert Klink wurde am 3. März 1911 in Tiefenwerder (in Spandau) geboren. Sein Vater war Weggefährte von Karl Liebknecht, während seine Mutter eine der ersten Mitglieder der KPD-Ortsgruppe von Nowawes war. Der gelernte Tapezierer und Dekorateur war seit seiner frühesten Jugend aktiv in der Kommunistischen Jugend und im Arbeitersport tätig. 1933 emigrierte das Mitglied der KPD im Auftrag seiner Partei nach Prag, da er von faschistischen Spitzeln enttarnt wurde. Dort setzte er seinen Kampf gegen den Faschismus fort. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde Albert Klink im März 1939 verhaftet und nach Potsdam überführt. Nach monatelangen brutalen Verhören wurde er im September 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Hier verstarb Klink am 15. Januar 1940 nach schweren Misshandlungen. So musste er im tiefsten Winter regungslos vor dem Lagertor stehen. Später wurde er auf dem Goethefriedhof, in Babelsberg, in einem Urnengrab beigesetzt.

Nach ihm wurde in DDR-Zeiten die „Albert-Klink-Straße“ in der Potsdamer Innenstadt benannt, die – ab 1960 – durch die Neubebauung des Heiliggeistviertels entstanden war. 1993 wurde jedoch diese Straße zur Burgstraße umbenannt, obwohl dieser Straßenteil nur annähernd dem historischen Verlauf entspricht.

Bernd Martin

1946 – Die FDJ wurde gegründet

Hans Modrow schrieb in seinem Buch „Unser Zeichen war die Sonne“: „Wenn ich auf meine Zeit in und mit der FDJ ... zurückblicke, hat der Jugendverband mein Leben nicht nur begleitet, sondern mitbestimmt und geformt.“ Diese Erfahrung teilen mit ihm viele Bürger der DDR, die einst der FDJ angehörten.

Die FDJ wird am 7. März 1946 offiziell gegründet, hat aber bereits Vorläufer während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und England. Neben dem Namen übernimmt die Organisation auch das Symbol der aufgehenden Sonne von den Exilgruppen. Die Sonne wird als Emblem auf dem „Blauhemd“, dem Erkennungszeichen der FDJler getragen.

Zunächst von der Sowjetischen Militäradministration als „überparteiliche, demokratische und einheitliche“ Jugendorganisation zugelassen, wird sie in den Folgejahren zur Jugendorganisation, die - so das Statut, „auf freiwilliger Grundlage in ihren Reihen junge Menschen, die gemeinsam mit allen Werktätigen die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus schaffen“ vereint.

Fast alle Schüler folgen dem parallel zur Schule funktionierenden Modell der Mitgliedschaft: erst Jungpionier, dann Thälmannpionier und ab dem 14. Lebensjahr Beitritt zur FDJ. Die Mitgliedschaft war freiwillig. Der offizielle FDJ-Gruß lautete „Freundschaft!”. Als Zeitung des Verbandes fungierte die „Junge Welt“.

Nach dem Ende der DDR versank die einstige Massenorganisation in der politischen Bedeutungslosigkeit. Die „FDJ in Westdeutschland“ ist außerdem seit 1954 als verfassungswidrige Organisation verboten, während die 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete FDJ heute legal operieren kann. Die FDJ ist Mitglied im Weltbund der Demokratischen Jugend.

Bernd Martin,
„Freund der Jugend“

Politik im Ausnahmezustand – Herausforderungen fürs Ehrenamt



Das Jahr 2020 war kein schwieriges, sondern ein dramatisches Jahr für die Gesellschaft, weltweit, und so auch in Potsdam. Der Januar startete mit einer Cyberattacke. Die legte das komplette Internet der Stadtverwaltung und damit die gewohnte und liebgewonne Arbeitsweise lahm. Keine E-Mails – rein und raus – keine Onlinerecherche mehr im Rathaus. Anträge und Pressemitteilungen wurden wieder ausgedruckt und persönlich vorbeigebracht, vom Bildschirm wurde abfotografiert und via Messenger weitergeleitet.
Nur kurz blieb Zeit, zur Normalität des politischen Alltags zurückzukehren. Corona folgte nahtlos und damit eine Situation, die wir bisher noch nie hatten: Der Ausnahmezustand.
Auch als LINKE fragten wir uns, was tun? Wie politische Arbeit unter Bedingungen einer Pandemie organisieren? Während wir noch überlegten, handelte die Verwaltung, beschloss Maßnahmen, vor allem Einschränkungen. Der Ausnahmezustand ist die Stunde der Exekutive. Und die ehrenamtlichen Politiker? Stehen wir weiter nur als Zuschauer am Spielfeldrand? Einen Großteil der Informationen der Verwaltung lese ich einen Tag später in den Medien. Eine Informationskette, wie sie bei der ersten Welle ansatzweise kam, gibt es nicht. Kleine Anfragen, Anträge und mündliche Anfragen, unsere verbrieften Rechte als Stadtverordnete, werden von der Verwaltungsspitze als Nichtigkeiten und teils störend angesehen. Von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Themen werden nicht umgesetzt, wichtige Entscheidungen und Aufträge nicht abgearbeitet. Ja, Krisen gelten als die Stunden der Exekutive, das sehen wir auch in Potsdam.
Sicher, die Cyberattacke und dann durch Corona verstärkt, geht die Digitalisierung der Verwaltung /Politik voran. Was vorher unmöglich schien, wird heute im Eiltempo umgesetzt: Neue Technik angeschafft, alte umgerüstet. Die politische Arbeit wurde digitaler. Anregungen und Kritik kamen über Telefon, Facebook/Twitter oder E-Mail. Das ist einerseits bequem, das muss ich schon zugeben, aber andererseits auch unpersönlich.
Wie beeinflusst Corona die Arbeit der Stadtverordneten? Sie wurde in den ersten Monaten fast auf null runtergefahren. Öffentliche Fraktionssitzungen waren immer weniger öffentlich. Videokonferenzen sind das Zaubermittel. Das gilt auch für die Ausschussarbeit. Kaum noch ein Treffen, keine Infostände, der „RathausReport live“, an dem wir über unsere Arbeit informieren und mit Bürgerinnen diskutierten, fällt aus. Fachtermine, Gesprächsrunden und Veranstaltungen in Kultur und Sport werden abgesagt, persönliche Gespräche finden selten statt. Die Politik verliert ihr menschliches Gesicht.
Das Ehrenamt ist generell nicht einfach, in Zeiten der Pandemie jedoch extrem schwer. Trotz aller notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht aufgeben, das ist die Herausforderung für Menschen im Ehrenamt heute.

Sascha Krämer
Stadtverordneter für die Fraktion DIE LINKE
(aus MAZ vom 26.01.2021)

DIE LINKE macht sich stark für den Erhalt des Arbeitsgerichts in Potsdam



Das Arbeitsgericht in Potsdam (FOTO) ist das nach wie vor am höchsten ausgelastete Arbeitsgericht im Land Brandenburg. Vor dem Hintergrund der Pandemie ist die Zahl der Fälle am Arbeitsgericht deutlich angestiegen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Tendenz anhält. Zudem wäre im Falle einer Schließung Potsdam die einzige Landeshauptstadt in der Bundesrepublik, die kein Arbeitsgericht hat. Die Fraktion DIE LINKE hat es mit ihrem Antrag erreicht, dass die Stadtverordnetenversammlung sich für den Erhalt des Arbeitsgerichts am Standort Potsdam ausspricht. Wir fordern die Landesregierung auf, im Interesse einer bürgernahen Gerichtsstruktur die öffentlich gewordenen Planungen zur Schließung des Gerichtsstandorts in Potsdam nicht weiter zu verfolgen.
Der Bezirk des Arbeitsgerichts Potsdam Havel umfasst das Gebiet der kreisfreien Stadt Potsdam und des Landkreises Teltow-Fläming sowie die Gemeinden Beelitz, Groß Kreutz (Havel), Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Seddiner See, Stahnsdorf, Teltow und Werder/Havel des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Derzeit sind sechs Berufsrichterinnen und Berufsrichter, ein Rechtspfleger und eine Rechtspflegerin sowie neun Mitarbeiterinnen der Geschäftsstellen mit der Rechtspflege beschäftigt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Stadtverordneter Fraktion DIE LINKE

Ein wettkampffähiger Disc Golf Parcours im Katharinenholz

Beim Discgolf handelt es sich um einen Sport, der fast keinen Flächenverbrauch in Form von Versiegelung oder dgl. erfordert. Der Sport wird gewissermaßen in die Natur hinein geplant.
Der Hyzernauts e.V. ist ein sportlich sehr erfolgreicher Potsdamer Verein, der sich großer Beliebtheit erfreut und ein kontinuierlich steigendes Mitgliederwachstum aufzeigt. Unter anderem wurde 2018 erfolgreich die deutsche Meisterschaft in Potsdam ausgetragen. Diese Entwicklung steht derzeit allerdings im Gegensatz zu den angebotenen infrastrukturellen Gegebenheiten.
Unter der "Verkleinerung" des Volksparks leidet auch der intensiv genutzte öffentliche Discgolf-Parcours des Vereins. Ein Spielbetrieb unter wettkampftauglichen Bedingungen ist nicht mehr möglich, da diverse Bahnen über Monate aufgrund baulicher Maßnahmen und durch eine starke Frequentierung des Parks nicht bespielbar sind.
*Daher gibt es den dringenden Wunsch des Vereins und vieler Spieler*innen eine neue wettkampftaugliche Anlage, in Unterstützung einer fachlichen Begleitung zu bauen. So ließe sich Potsdams Status als Discgolf-Hochburg auch langfristig wahren.*
Das Katharinenholz bietet dazu augenscheinlich optimale Bedingungen, ist verkehrstechnisch sowie infrastrukturell gut angebunden und wäre ein sportlicher Anziehungspunkt für Discgolfer aus der Region, aber auch national und international. Eine wettkampftaugliche Anlage würde zudem den Ruf Potsdam als Sportstadt neu in Szene setzen. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen beauftragen die Fraktion DIE LINKE den er Oberbürgermeister sich beim Landesbetrieb Forst Brandenburg dafür einzusetzen, zu prüfen ob (und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen) eine wettkampffähige 27-Bahnen Discgolf-Anlage im Potsdamer Katharinenholz in gemeinsamer fachlicher Begleitung durch den Hyzernauts e.V., realisiert werden kann.

Neuausrichtung des Klinikums EvB – auch Aufsichtsräte in der Pflicht



Wir Linke machen uns, völlig zu Recht, für die Stärkung des Gesundheitswesens als wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung stark. Das lehrt uns die nun über ein Jahr andauernde Coronapandemie sehr deutlich. Und auch der Bericht der von mir geleiteten Expertenkommission zum Corona-Ausbruch im Klinikum Ernst von Bergmann (KEvB) zeigt dafür zahlreiche Erkenntnisse und Empfehlungen auf.

Das KEvB braucht eine konsequente und nachhaltige Neuausrichtung, damit die im Bericht aufgezeigten Fehlentwicklungen keine Chance auf Wiederholung haben. Dazu muss die SVV die Rolle ihres städtischen KEvB im Gesamtgefüge von ambulanter und stationärer Versorgung und des öffentlichen Gesundheitsdienstes in der kooperativen Zusammenarbeit aller Beteiligten konzeptionell neu bestimmen.

Ich bin froh darüber, dass die Aufsichtsratsvorsitzende Brigitte Meier, die zugleich Potsdams Beigeordnete für Soziales und Gesundheit ist, gegenüber der Expertenkommission betont hat, dass der Aufsichtsrat des KEvB viele der Einschätzungen und Bewertungen der Kommission teilt.

Zugleich haben aber auch die bisherigen Debatten zum Bericht im Hauptausschuss der SVV gezeigt, dass gerade die Tätigkeit der Aufsichtsratsmitglieder weiterer Erörterung bedarf.

Für uns Linke wird die Frage nach der Verantwortung von Aufsichtsräten in städtischen Gesellschaften immer wichtiger. In ihnen sammelt sich neben dem fachlichen auch der kommunalpolitische Sachverstand. Die Aufsichtsräte sind zur Hälfte mit Stadtverordneten besetzt, so auch beim KEvB.

Natürlich ist die Expertenkommission auch der Frage nachgegangen, wann und wie der Aufsichtsrat auf die sich abzeichnenden Probleme im KEvB reagiert hat bzw. hätten reagieren müssen.

Im ihrem Bericht gibt es erhebliche Kritik am Aufsichtsrat. Er hat seine Kontrollfunktion nicht umfassend wahrgenommen und konnte deshalb die Schwachstellen und Defizite im KEvB nicht erkennen.

Bei den Fraktionen liegt daher eine große Verantwortung, wenn sie ihre Mitglieder für die jeweiligen Aufsichtsräte kommunaler Gesellschaften bestimmen. Denn sie müssen notwendiger Weise die Rechte und Pflichten kennen und bereit sein, danach zu handeln.

Da geht es um viel Verantwortung, z.B. um die Pflicht zur Mitarbeit und zur Urteilsbildung, um die Organisations-, Informations- und Prüfungspflicht und um die Pflicht zum Einschreiten bei Anhaltspunkten für eine Pflichtverletzung des Vorstandes. Und es geht um die Bereitschaft, sich ständig zu qualifizieren. Ein Parlamentarisches Gutachten des Landestages Brandenburg aus 2010 befasst sich sehr ausführlich damit. Das sollten wir nutzen, um auch unsere Aufsichtsräte in den kommunalen Gesellschaften zu stärken.

Diese Tätigkeit verlangt qualifiziertes und entschlossenes Vorgehen, damit der Aufsichtsrat seiner Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung voll umfänglich gerecht werden kann. Das sind klar umrissene Aufgaben und Maßstäbe.

Die Corona-Krise führt uns allen vor Augen: Die Krankenhäuser stehen vor neuen, noch nie erprobten Herausforderungen. Und die Landes- und Bundespolitik hat dafür die Rahmenbedingungen vor allem mit einer zuverlässigen Finanzierung neu zu gestalten.

Aber eben auch - wie sich im KEvB beispielhaft gezeigt hat- in der ganz konkreten Verantwortungswahrnahme durch die Aufsichtsratsmitglieder .

Anita Tack
Ministerin a.D.

Kleiner Hoffnungsschimmer: Tarifvertrag in der Altenpflege

DIE LINKE fordert schon lange, die Bekämpfung des Pflegenotstands zur politischen Priorität zu machen. Die Corona-Pandemie und die Diskussion um die Systemrelevanz haben allen erneut vor Augen geführt, wie wichtig Pflegearbeit für eine für alle funktionierende Gesellschaft ist. Diese Erfahrungen müssen sich endlich auch in besseren Arbeitsbedingungen und höheren Gehältern widerspiegeln.

Nun gibt es einen kleinen Hoffungsschimmer: Die Gewerkschaft ver.di und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) haben sich auf einen Altenpflegetarifvertrag geeinigt. Der Tarifvertrag regelt die Mindestbedingungen in der Branche und soll ab dem 1. August von Arbeitsminister Heil für allgemeinverbindlich erklärt werden. Dies bedeutet, er soll für die gesamte Altenpflege gelten und so eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in der Altenpflege bringen.

Ausbeutung der Beschäftigten garantiert hohe Profite

Er beinhaltet eine Lohnsteigerung in vier Schritten und soll insgesamt 25



Prozent über dem aktuell geltenden Pflegemindestlohn liegen. Zudem soll er die klaffende Lohnlücke zwischen West- und Ostdeutschland schließen. Außerdem regelt er den Urlaubsanspruch und führt ein zusätzliches Urlaubsgeld von mindestens 500 Euro ein. Bessere Tarifverträge bleiben davon unberührt. Die neue Einigung soll vor allem helfen, das Lohnniveau nach unten hin abzusichern – ein Mechanismus, der durch den Wettbewerb der größtenteils privat organisierten Pflegeheimbranche nötig geworden ist.

Nur rund fünf Prozent der Pflegeheime sind in öffentlicher Hand, der Großteil gehört profitorientierten Konzernen. Darunter leiden das Pflegepersonal und die zu pflegenden Menschen gleichermaßen. Denn: Der Profit der einen bedeutet für die Beschäftigten Arbeitsverdichtung, Personalnotstand, starre Zeitvorgaben und schlechte Bezahlung. Der von ihnen erlernte Beruf kann nicht mehr richtig ausgeführt werden. Daneben haben die Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen hohe Eigenanteile zu bezahlen. Die Tarifeinigung von ver.di und BVAP ist hierbei ein erster Schritt in eine andere Richtung. Eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung würde dazu führen, dass in vielen Pflegeeinrichtungen zum ersten Mal überhaupt tarifliche Reglungen zur Anwendung kommen. Kein Wunder, dass das Widerstand hervorruft: Der "Arbeitgeberverband Pflege", ein Konkurrenzverband der BVAP, sieht das Geschäftsmodell seiner Mitglieder in Gefahr und versucht ver.di die Tariffähigkeit abzusprechen.

LINKE fordert solidarische Pflegevollversicherung

Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der LINKEN im Bundestag, meint deshalb: „Der allgemeinverbindliche Tarifvertrag muss her – so schnell wie möglich! Das darf aber nicht zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für Menschen mit Pflegebedarf führen." Das LINKE-Modell einer solidarischen Pflegevollversicherung will beides garantieren: Gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Auch die bislang privat Versicherten müssen an den finanziellen Lasten beteiligten werden. Die Beitragsbemessungsgrenze, die Millionäre schont, muss abgeschafft werden. So können alle pflegerischen Leistungen abgedeckt werden und Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile mehr bezahlen. Als weitere Schritte fordert DIE LINKE, dass Bund und Länder ihren Investitionspflichten nachkommen und die Kommunen in die Lage versetzen, die Pflegeeinrichtungen zu kommunalisieren. Profitorientierung hat im Gesundheitswesen und der Pflege nichts zu suchen.

Daniel Schnur

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt – Langzeitfolgen der Pandemie jetzt begegnen



Gemeinsames Spielen und Sporttreiben ist für Kinder seit Monaten keine Selbstverständlichkeit mehr
Foto: Shutterstock

Seit knapp einem Jahr hält die Coronapandemie unsere Gesellschaft fest im Griff. Nahezu alle Lebensbereiche mussten zum Schutz der Gesundheit eingeschränkt werden. Und doch ist offensichtlich, dass die Pandemie einige Menschen in besonderem Maße trifft. Vor allem Kinder und Jugendliche leiden unter der Krise. Homeschooling, geschlossene KiTas, Kontaktbeschränkungen zu Freundinnen und Freunden, Konflikte in den Familien, eingeschränkte Freizeitgestaltung und fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten haben das Leben von Kindern und Jugendlichen nachhaltig geprägt und verändert. Die Rechte, Bedürfnisse und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen finden im Umgang mit der Pandemie nach wie vor zu wenig Beachtung. Zu den Auswirkungen des Lockdowns auf Kinder und Jugendliche liegen inzwischen viele gesicherte Erkenntnisse vor: Die aktuelle, am 10. Februar veröffentlichte sogenannte COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg Eppendorf (UKE) geht davon aus, dass fast jedes dritte Kind ein knappes Jahr nach Beginn der Coronapandemie in Deutschland psychische Auffälligkeiten zeigt. Neben der Bewältigung der in der Studie dargelegten, akuten psychischen und sozialen Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen bedarf es einer langfristigen Strategie zur Abmilderung der Coronafolgen. Eine solche Strategie ist auch für den Bildungsbereich unerlässlich. Denn trotz der Bemühungen von Lehrerinnen und Lehrern und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, haben sich die Chancenungerechtigkeiten während der Coronapandemie verstärkt: diejenigen Kinder und Jugendlichen, die bereits vor der Pandemie benachteiligt waren, sind in Gefahr noch weiter abgehängt zu werden. Die finanzielle Situation der Elternhäuser, aber auch die familiären Umstände sind nach wie vor maßgebend dafür, ob Kinder und Jugendliche am Distanzunterricht teilnehmen können. Entstandene Lerndefizite drohen sich zu verfestigen und das Leben der Kinder und Jugendlichen dauerhaft zu prägen. Es ist unsere politische, wie gesellschaftliche Aufgabe den Langzeitfolgen der Pandemie endlich zu begegnen. Deshalb haben wir als Linksfraktion im Brandenburger Landtag unsere Aktuelle Stunde im Februarplenum genutzt, um Maßnahmen zu diskutieren, die jetzt ergriffen werden müssen. Wir sind davon überzeugt, dass das Bildungsministerium dafür die Expertise aus der Praxis nutzen und einen Expert_innentisch initiieren muss. Lehrer_innen, Schulsozialarbeiter_innen, Fachkräfte aus der Jugendarbeit, Gewerkschaften und Kinder und Jugendliche müssen einbezogen werden, wenn es darum geht Gesundheitsschutz, Bildung und die Rechte von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen zu berücksichtigen – sowohl in Bezug auf aktuelle Öffnungs- und Eindämmungsmaßnahmen, als auch im Hinblick auf die Vorbeugung von Langzeitfolgen.

Isabelle Vandre, MdL

Kinder, Kitas und Eltern stärken

Wenn Schulen, Kitals und der Freizeitbereich ganz oder teilweise geschlossen sind, bedeutet das für Kinder und Jugendliche eben nicht nur ein bisschen weniger Lebensqualität. Es ist eine massive Einschränkung ihrer Rechte auf Bildung, freie Entwicklung und Schutz. Gerade Kitas sind viel mehr als "Verwahranstalten". Sie sind für die frühkindliche Entwicklung besonders wichtig. Hier können die Jüngsten gezielt entsprechend ihrer Bedarfe in einem angemessenen Umfeld gefördert werden und auch Hinweise auf Vernachlässigung oder Gewalt in der Familie wird hier nachgegangen. Aus diesen Gründen müssen Schließungen und Beschränkungen der Kitas mit besonderer Sensibilität vorgenommen werden.

Die Corona-Krise verdeutlicht die seit Langem bestehenden Defizite im Bereich der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Es mangelt an Kitaplätzen, an ausreichend Personal und an bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards. Der Bund hat sich hier über Jahre einen schlanken Fuß gemacht, und die Verantwortung auf Länder, Kommunen und Eltern abgeschoben. Corona zeigt: Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung. Der Bund muss



endlich einheitliche Qualitätsstandards festlegen und diese auch mitfinanzieren.
Wie notwendig ein bundesweit einheitliches Vorgehen ist, zeigt auch der Flickenteppich vor dem Kinder und Eltern derzeit stehen: In einigen Bundesländern sind die Kitas weiterhin bzw. schon wieder offen, die Eltern werden aber gebeten ihre Kinder möglichst zu Hause zu betreuen. In anderen gibt es nur eine Notbetreuung. Wer diese in Anspruch nehmen darf, das ist von Bundesland zu Bundesland wiederum anders geregelt. In Berlin wurden im Januar 2021 beispielsweise rund 30 Prozent der Kinder im Rahmen der Notversorgung betreut. Ob und unter welchen Umständen die Kitagebühren übernommen werden, ist ebenfalls überall verschieden.
Es müssen nun endlich jene Maßnahmen getroffen werden, die über den Sommer verschlafen wurden. Konkret leiten sich aus den deutlich gewordenen Defiziten für uns folgende Forderungen ab:
- Klarer und verständlicher Stufenplan: Um Sicherheit und Planbarkeit zu schaffen, sollten sich Länder und Bundesregierung auf einen Stufenplan einigen, der klar ausweist, ab welchen Werten in einer Region die Kitas eingeschränkt und gegebenenfalls wieder geöffnet werden können. Das pausenlose Hin und Her muss beendet werden.
- Kita-Erzieher*innen schützen: Das Personal in den Bildungs- und Gemeinschaftsunterkünften muss in der Impfpriorität vorgezogen werden. Es braucht regelmäßige und verpflichtete Tests, sowohl für die Belegschaften als auch für die Kinder. Schutzausrüstung muss den Kitas zur Verfügung gestellt werden.
- Familien entlasten: Bund und Länder sollten für die Dauer der Lockdownmaßnahmen die Übernahme der Kitagebühren garantieren. Das hilft den durch Homeoffice, Homeschooling und Heimbetreuung belasteten Familien zumindest finanziell.
- Corona-Sonderurlaub: Für Eltern muss die Möglichkeit geschaffen werden, zur Kinderbetreuung während der pandemiebedingten Schließung bzw. des eingeschränkten Betriebs von Einrichtungen zur Betreuung von Kindern, der Aussetzung der Präsenzpflicht in der Schule bzw. des eingeschränkten Zugangs, bezahlten Urlaub zu nehmen und damit die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen stärker in die Pflicht zu nehmen.
- Pandemiegerechten Umbau weitervorantreiben: Bisher ist unklar, wann es einen Impfstoff gibt, der auch für Kinder zugelassen ist. Bis dahin müssen Kitas pandemiegerecht um- und ausgebaut werden. Die bisherigen Programme reichen hierfür nicht aus.
- Kitaqualität langfristig steigern: Wir müssen bundesweit einheitliche Mindestqualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung auch in der Kindertagespflege definieren und sicherstellen, dass eine bereits bestehende höhere Qualität nicht abgesenkt wird.

Norbert Müller, MdB, DIE LINKE

„Superheldinnen am Limit“ - Brandenburgische Frauenwoche

Vom 4. März bis zum 22. März findet in diesem Jahr die 31. Brandenburgische Frauenwoche statt. Sie steht unter dem landesweiten Motto „Superheldinnen am Limit“.
In Zeiten von Corona zeigt sich, dass Frauen besonderen Belastungen ausgesetzt sind und die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärkt werden. Die Frau als sogenannte Superheldin, die versucht das System am Laufen zu halten, sich um Kinder, Angehörige und Haushalt kümmert und außer Applaus nichts bekommt.
Die unbezahlte Arbeit von Frauen schafft Milliarden Werte, die sich Andere aneignen. Weltweit leisten Frauen und Mädchen über zwölf Milliarden Stunden Haus-, Pflege- und Fürsorgearbeit. Wir alle kennen Frauen, die den Haushalt allein stemmen und die Kinder versorgen, um ihren Männern im Job den Rücken freizuhalten. Im Ergebnis hat das viele Frauen verarmen lassen und von Männern abhängig gemacht. Die feministische Bewegung hat es zwar geschafft, die Ausbeutung von Frauen im Kapitalismus-, also reproduktive Arbeit, sichtbar zu machen, aber sie hat bisher keine Strategie gefunden, um diese Verhältnisse zu verändern.
Deswegen dürfen wir Gleichstellungsfragen als ökonomische Fragestellungen mit kapitalismuskritischen Konsequenzen nicht ignorieren.
Wir müssen weg von der beziehungslosen, egoistischen, rational agierenden Figur des „Homo oeconomicus“ die auf Konkurrenz basiertes Wachstum als einzig vernünftiges Ziel des Wirtschaftens betrachtet, hin zu nicht-kapitalistischen Wirtschaftsformen. Wir benötigen Wirtschaftsmodelle, die auf Kooperation setzen statt auf Ausbeutung und Konkurrenz. Die sich an der Frage nach einem guten Leben für alle orientieren, statt an Wachstumsraten.
Uns LINKEN sollte bewusst sein, dass die Geschlechterfrage mit der kapitalistischen Produktionsweise eng verknüpft ist. Kapitalistische Ökonomie wird keine Gleichberechtigung hervorrufen. Deswegen sollten wir gerade als LINKE Partei Kapitalismuskritik und die Geschlechterfrage immer zusammen im Fokus haben. Und hinter jeder Rose, die am Internationalen Frauenkampftag gerade von unseren männlichen Genossen so gerne verteilt wird, soll das Versprechen stehen, sich auch im eigenen politischen Alltag spürbar und wahrhaftig für Frauenrechte einzusetzen.

Martina Trauth
Kreisvorsitzende DIE LINKE.Potsdam

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Linksfraktion im Landtag wählte neuen Vorstand



DIE LINKE im Landtag Brandenburg hat am 16. Februar 2021 einen neuen Vorstand gewählt, der ein Jahr im Amt bleiben soll. Als Vorsitzender wurde Sebastian Walter bestätigt, er war ohne Gegenkandidaten angetreten und bekam 100 Prozent der Stimmen. Auch Thomas Domres wurde von allen Abgeordneten gewählt und bleibt Parlamentarischer Geschäftsführer. Stellvertretende Vorsitzende sind (wie bisher) Marlen Block und (neu im Amt) Andrea Johlige. Sie erhielten 90 bzw. 70 Prozent der Stimmen.
Die bisherige Co-Vorsitzende der Fraktion, Kathrin Dannenberg, hatte aus gesundheitlichen Gründen dieses Jahr nicht für den Vorstand kandidiert. Dannenberg sagte, dieser Schritt sei ihr nicht leichtgefallen: "Es war aber zum jetzigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung, weil es sowohl um meine Gesundheit als auch um die Fraktion geht." Sie werde einen Schritt zurücktreten, bleibe aber als Sprecherin für Bildung, Sport und Minderheitenpolitik im Amt.
Der nunmehr alleinige Vorsitzende Sebastian Walter sicherte Dannenberg für ihre weitere Arbeit die Unterstützung der gesamten Fraktion zu: "Wir sind keine Maschinen, die einfach immer weiter machen können, sondern wir sind Menschen. Der Entscheidung von Kathrin Dannenberg gebührt unser aller Respekt. Und zum Glück ist sie ja nicht weg, wir werden weiter eng zusammenarbeiten."

Happy Birthday, Herbert Köfer!



Herbert Köfer ist eine Legende: Schauspieler, Fernsehpionier und einer der beliebtesten Entertainer Ostdeutschlands. Er darf sich offiziell ältester aktiver Schauspieler der Welt nennen. Seit sagenhaften 80 Jahren steht er auf der Bühne und vor der Kamera. Am 17. Februar feierte er seinen 100. Geburtstag.
In der Weimarer Republik in Berlin-Prenzlauer Berg geboren, erlebte Herbert Köfer als Jugendlicher die Nazizeit. Mit viel Glück überlebte er den Krieg und begann danach seine Karriere als Schauspieler. Als das Fernsehen der DDR 1952 seine Arbeit aufnahm, war er als Nachrichtensprecher von Anfang an dabei. Herbert Köfer wirkte in unzähligen Schwänken, Lustspielen und Unterhaltungsshows mit und spielte in populären Serien wie "Geschichten übern Gartenzaun" oder "Familie Neumann" und "Rentner haben niemals Zeit". Köfer ist Conferencier sowie Komödiant und Volksschauspieler. Er interviewte, moderierte und unterhielt ein Millionenpublikum. Auch nach der Wende konnte er an seine Erfolge anknüpfen. Für Herbert Köfer ist die Schauspielerei der "Treibstoff" seines Lebens. Zu Hause fühlt er sich in Brandenburg – am Seddiner See.

„Täve“ steuert die 100 an



Gustav-Adolf "Täve" Schur feierte am 23. Februar 2021 in seinem Heimatort Heyrothsberge bei Magdeburg seinen 90. Geburtstag. Und das Radsport-Idol hat Pläne für die Zukunft: „Die nächsten zehn Jahre habe ich mir noch fest vorgenommen. Der Herbert Köfer hat die 100 ja auch geschafft, da muss ich nachlegen.“
Es ist die Mischung aus sportlichen Erfolgen und seiner enorm lebensfrohen, menschlichen und volksnahen Art, die Schur zu großer Popularität verholfen hat. Redet man von „Täve“, weiß im Osten jeder, wer gemeint ist. Gesamtsiege bei der Friedensfahrt 1955 und 1959, WM-Siege 1958 und 1959 sowie das selbstlose Überlassen des WM-Titels 1960 an Bernhard Eckstein am Sachsenring, Bronze bei Olympia 1956 und Silber 1960, neunmal nacheinander DDR-Sportler des Jahres. Seine Erfolge bewegten Generationen.

"Suppe to go" jetzt jeden Donnerstag

Das Haus der Begegnung in der Waldstadt bietet neben kostenlosen Frühstücksbeuteln (Montag von 8 bis 10 Uhr) jetzt auch Suppe to go – ein kostenfreies Abendessen auf Bestellung, an. Und so geht's: Die gewünschten Portionen bis Dienstag 16 Uhr per Mail [info@ hdb-potsdam. de] oder Telefon (0331/270 29 26) bestellen. Jeden Donnerstag zwischen 15 und 17 Uhr kann diese mit einem eigenen Behälter abgeholt werden, kostenfrei, lecker und gesund, mal vegetarisch, mal mit Fleischbeilage (kein Schweinefleisch).